

## ENTSCHLISSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Christiane Brunner, Freundinnen und Freunde

### **betreffend Klimavertrag von Paris umsetzen - Sofortmaßnahmen für Österreich**

eingebraucht im Zuge der Debatte über den Bericht des Umweltausschusses über das Stenographische Protokoll der parlamentarischen Enquete zum Thema „Was kommt nach Paris? – Diskussion zur Umsetzung des Klimavertrags von Paris in Österreich“ (III-286 d.B.) (1274 d.B.)

### **BEGRÜNDUNG**

Im Dezember 2015 hat sich die Staatengemeinschaft in dem völkerrechtlich verbindlichen Weltklimaabkommen von Paris zu einer Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius und nach Möglichkeit auf 1,5 Grad verpflichtet. Dafür sollen die globalen Treibhausgasemissionen in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts Netto-Null betragen. Für Industriestaaten bedeutet dies eine vollständige Dekarbonisierung aller Sektoren bis spätestens 2050.

Am 4. November 2016 tritt das Abkommen in Kraft. In Österreich gilt es nun durch die Schaffung entsprechender gesetzlicher Rahmenbedingungen den Klimavertrag umzusetzen. Je früher der Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieressourcen eingeleitet wird, desto kosteneffizienter wird diese Umstellung von staten gehen und desto größer sind die wettbewerblichen Vorteile österreichischer Wirtschaftstreibenden und der Industrie. Die heutigen Weichenstellungen in Bezug auf die Entwicklung des Energie- und Mobilitätssystems sind wesentlich für den Trend der Emissionen bis 2030 und 2050. Daher ist es von höchster Wichtigkeit, dass schnellstmöglich Maßnahmen mit langfristiger Ausrichtung und tiefgreifender Wirkung zur Umsetzung eingeleitet werden.

In Österreich sind in der Vergangenheit die Weichenstellungen auf diese Energiewende nur unzureichend vorgenommen worden. So liegen die Treibhausgasemissionen hier immer noch über dem Stand von 1990, während sie in der Europäischen Union bereits um minus 24% gefallen sind. (Europäische Umweltagentur (EEA), Nowcast THG-Emissionen, 2016). Seit Beschluss des Pariser Klimaabkommens im Dezember 2015 ist durch die Bundesregierung keine einzige Klimaschutzmaßnahme gesetzt worden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen stiegen in einem Jahr um 3,2%. (EEA 2016)

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesregierung wird aufgefordert, unter Koordinierung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft umgehend ein Bündel von wirksamen und treffsicheren kurz- und langfristigen Klimaschutzmaßnahmen verbindlich zu verankern und sofort mit der Umsetzung zu beginnen.

Diese Klimaschutzoffensive zur Umsetzung des Klimavertrags von Paris muss die folgenden Elemente umfassen:

### **Ökologische Steuerreform umsetzen:**

Fossile Energie aus Kohle, Öl und Gas sowie andere umweltbelastende Stoffe (CO<sub>2</sub>-Emissionen) bzw. Tätigkeiten (Straßenverkehr) werden durch Schadstoffsteuern verteuert. Abgaben auf Arbeitseinkommen für private Haushalte und die Lohnnebenkosten für Unternehmen werden im Gegenzug gesenkt. Dies belebt die Wirtschaft und nutzt dem Klima.

### **Novellierung des Klimaschutzgesetzes:**

- Verankerung eines Dekarbonisierungsziels für das Jahr 2050 im Einklang mit dem Klimaabkommen von Paris
- Verankerung eines im Einklang mit den EU 2030-Zielen linearen Zielpfads im Klimaschutzgesetz ab 2017
- Verbindliche Aufteilung der angepassten Reduktionsziele auf Sektoren
- Vereinbarung eines verursachergerechten Sanktionsmechanismus zwischen den Ressorts und den Bundesländern

### **Klimamaßnahmen in allen Sektoren setzen:**

#### **Energie/Industrie**

- Einführung einer Abgabe für CO<sub>2</sub>-Emissionen (zusätzlich zu ETS) aus der Nutzung fossiler Energie
- Verbindliche Ausbaupläne von Fernwärme aus Erneuerbaren Energien
- Neuauflage der Verordnung zur Umsetzung des Energieeffizienzgesetzes ohne Rechenricks und Luftbuchungen
- Novellierung des Ökostromgesetzes zur Erreichung des neuen Ausbauziels von 100 Prozent Erneuerbarer Strom bis 2030
- Aufstockung der Fördermittel für Umweltförderung, thermische Sanierung und Klimafonds

#### **Verkehr**

- massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs: Elektrifizierung statt Stilllegung von Regionalbahnstrecken, Integrierter Taktfahrplan mit mehr Zugs- und Busangebot, Senkung der Hürden für den Umstieg auf Öffis (365 €-Ticket für alle Bundesländer, E-Ticketing)
- Güterverlagerung auf die Schiene durch Verbesserung der Bedingungen für die Bahn und mehr Kostenwahrheit auf der Straße, (flächendeckende LKW-Maut), volle Ausnützung der Spielräume der Eurovignetten-RL

- Abschaffung der Steuerprivilegien in der Luftfahrt vom Treibstoff bis zu den Tickets
- MöSt-Anhebung auf Niveau der Nachbarländer gegen Tanktourismus'
- Weitergehende Ökologisierung von NoVA und Pendlerpauschale
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung
- Reduktion des Geschwindigkeitsniveaus im Straßenverkehr
- Vorbereitung eines frühestmöglichen Zulassungsverbots von Diesel- und Benzinbetriebenen PKW und einspurigen KfZ nach Vorbild Norwegen und Deutschland aber spätestens 2030

### **Gebäude**

- Energieraumplanung österreichweit etablieren
- Thermische Gebäudesanierung forcieren, Aufstockung der Bundesförderung und Verlängerung bis 2020, bei Nachschärfung der Qualitätskriterien
- Umstiegshilfe für Wechsel auf Heizanlagen auf Basis erneuerbarer Energie
- Verpflichtender Einsatz von Heizungen auf Basis erneuerbarer Energie im Neubau und nach Sanierung
- Verlängerung und Reform der 15-a B-VG Vereinbarung für die Zeit ab 2017
- Vollständige Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie 2010 bereits ab 2017

### **Landwirtschaft**

- Bedarfsgerechte Düngung und Bodenbewirtschaftung
- Bodenverbrauch eindämmen, Bodenschutz durchsetzen, Landgrabbing unterbinden
- Steuerung des Konsumverhaltens hin zu regionaler, saisonaler, biologischer und fleischreduzierter Ernährung
- Kreislauforientierte Bodenbewirtschaftung mit Leguminosenanbau für Humusaufbau und CO<sub>2</sub>-Speicherung
- Aktionsplan Biolandbau 2015-2020 zur Verdopplung der Bio-Landwirtschaft in Österreich
- Naturnahe Waldbewirtschaftung stärken
- Investitionen in Klimaanpassungsmaßnahmen ausbauen

### **Abfallwirtschaft**

- Abfallvermeidung zur Priorität machen, inkl. Quantitative Ziele zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen
- Recycling von Kunststoffen und Metallen forcieren
- Optimierung des Abfallmanagements im Bereich Mülltrennung
- Novelle Verpackungsverordnung



